

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis	XVII
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur	XXI
§ 1. Einleitung	1
I. Die „spröde“ Materie Zivilprozessrecht	1
II. Das Pflichtfach Zivilprozessrecht	1
1. Teil. Klausurarten und Bearbeitungstechnik	
§ 2. Allgemeine Arbeitshinweise für den Prozessrechtsfall	3
I. Der Bearbeitervermerk	3
II. Stoff- oder Merktzettel	3
III. Das Markieren des Aufgabentextes	4
IV. Die Prozessskizze („Prozesszeichnung“)	4
V. Die Zeittabelle (Reihenfolge der Ereignisse)	5
VI. Digitales schriftliches Staatsexamen	5
VII. Die Konzepterarbeitung (Gliederung)	5
VIII. Der Aufbau von Konzept und Reinschrift	6
IX. Die Reinschrift	8
X. „Technische“ Ausrüstung	8
§ 3. Die Klausurarten	9
I. Die Anwaltsklausur	9
II. Die Richterklausur	10
III. Der Rechtsbehelfsfall (Rechtsmittelfall)	11
IV. Der Rechtslagenfall	12
V. Der Kautelarfall	13
VI. Die gemischte Klausur	13
§ 4. Die Bearbeitungstechnik prozessualer Fälle	15
I. Die Sachverhaltsproblematik	15
II. Die Dauer des Prozesses	16
III. Prozessuale Überholung	17
IV. Das Weiterverfolgen der Aufgabe in die Zukunft	18
V. Hilfsgutachten	20
VI. Das Prinzip prozessordnungsgemäßen Verhaltens	21
VII. Die Klausurtaktik bei kontroversen Meinungen	21
VIII. Die Beachtung prozessualer Regelungen in Sondergesetzen	22

2. Teil. Hinweise zur Bearbeitung der Hauptprobleme des Erkenntnisverfahrens	
§ 5. Der Einfluss der Sachprobleme auf die Klausurmethodik	23
1. Kapitel. Antragsgrundsatz und Dispositionsmaxime	
§ 6. Die Bedeutung des Klageantrags	24
§ 7. Zugangsgesuch und Zugangsanspruch	24
I. Dispositionsmaxime – Antragsgrundsatz	24
II. Justizgewährungsanspruch (Rechtsschutzanspruch) – Grundrecht auf effektiven Rechtsschutz	25
III. Überlange Gerichtsverfahren – Verzögerungsrüge (§ 198 III GVG)	26
§ 8. Ne ultra petita: § 308 I ZPO	26
I. § 308 ZPO in der Anwaltsklausur	27
II. § 308 ZPO in der Richterklausur	27
§ 9. Grenzen des Antragsgrundsatzes	29
I. Kostenentscheidung, vorläufige Vollstreckbarkeit	30
II. § 308a ZPO – Soziales Mietprozessrecht	30
§ 10. Sonderformen des Antrags	30
I. Die Stufenklage	30
II. Der unbezifferte Klageantrag	30
III. Haupt- und Hilfsantrag (Prinzipal- und Eventualantrag)	31
2. Kapitel. Klagearten	
§ 11. Die Klagearten und ihre Bedeutung	32
I. Die Leistungsklage	32
II. Die Feststellungsklage	33
III. Die Gestaltungsklage	35
§ 12. Klageart und Vollstreckbarkeit	36
3. Kapitel. Der Gegenstand des Rechtsstreits: Der Streitgegenstand	
§ 13. Die sechs Bedeutungen des Streitgegenstands	37
I. Rechtsweg und Zuständigkeit	37
II. Rechtshängigkeit	37
III. Klageänderung	38
IV. Anspruchshäufung	38
V. Materielle Rechtskraft	39
VI. Verjährung	39
§ 14. Der uneinheitliche Sprachgebrauch beim Streitgegenstand	40
§ 15. Der Streitgegenstand als prozessualer Anspruch	41
§ 16. Der Streit um den Streitgegenstand	41
I. Streitgegenstand als Schlüsselbegriff: Klageantrag und Lebenssachverhalt	41
II. Extremfälle	42
III. Problemfälle	43

4. Kapitel. Die Prozessparteien	
§ 17. Die Trennung von Streitgegenstand und Prozesspartei	45
§ 18. Wer ist Partei?	45
§ 19. Die unrichtige Parteibezeichnung	45
§ 20. Partei ist nicht gleichzusetzen mit Parteifähigkeit	46
§ 21. Der „formelle“ Parteibegriff	46
I. „Formelle“ – „materielle“ Gesichtspunkte	46
II. In der Richterklatur	47
III. In der Anwaltsklatur	47
5. Kapitel. Die Mehrheit von Parteien: Die Streitgenossenschaft	
§ 22. Der Begriff der Streitgenossenschaft	49
§ 23. Die Trennung der einzelnen Prozessrechtsverhältnisse	49
§ 24. Die notwendige Streitgenossenschaft	50
I. Zwang zu gemeinsamer Klage von mehreren oder gegen mehrere (2. Alternative des § 62 I ZPO) – Verbot der Einzelklage	51
II. Notwendig einheitliche Sachentscheidung für den Fall einer Streitgenossenschaft (1. Alternative des § 62 I ZPO)	52
6. Kapitel. Streitverkündung, Nebenintervention, Beiladung	
§ 25. Die Beteiligung Dritter: Streitverkündung, Nebenintervention, Beiladung	54
I. Streitverkündung	54
II. Nebenintervention (Streithilfe)	57
III. Beiladung	58
7. Kapitel. Rechtsweg	
§ 26. Rechtsweg	59
I. Die Vielzahl der Rechtswege	59
II. Welcher Rechtsweg?	59
III. Typische Fehlerquellen bei der Rechtswegprüfung	59
8. Kapitel. Verfahrensarten	
§ 27. Die Verfahrensarten und das Prinzip der Verfahrenskonkurrenz	61
§ 28. Einstweiliger (vorläufiger) Rechtsschutz	61
§ 29. Selbständiges Beweisverfahren	64
§ 30. Prozesskostenhilfe	65
§ 31. Mahnverfahren	66
I. Zuständigkeit für den Erlass des Mahnbescheids	66
II. Verfahren	67
III. Widerspruch gegen den Mahnbescheid (§ 694 ZPO)	67

IV. Vollstreckungsbescheid	68
V. Der Einspruch gegen den Vollstreckungsbescheid (§ 700 ZPO)	68
§ 32. Urkunden- und Wechselprozess	68
9. Kapitel. Klageerhebung und Vorbereitung des Haupttermins	
§ 33. Klage und Vorbereitung des Haupttermins	70
I. Die Klageschrift	70
II. Klageerhebung im laufenden Prozess	72
III. Früher erster Termin oder schriftliches Vorverfahren als Vorbereitung des Haupttermins	72
§ 34. Der frühe erste Termin und der Haupttermin	72
I. Güteverhandlung	72
II. Mündliche Verhandlung	72
III. Haupttermin	73
§ 35. Das schriftliche Vorverfahren	73
§ 36. Hinweispflicht, Anhörungsrüge, Recht auf Gehör	75
I. Richterliche Hinweispflicht	75
II. Anhörungsrüge (§ 321a ZPO)	76
III. Recht auf Gehör	77
§ 37. Prozessförderungspflicht der Parteien	77
10. Kapitel. Die Sachurteilsvoraussetzungen	
1. Unterkapitel. Einführung	
§ 38. Sachurteilsvoraussetzungen und Klausurschema	78
§ 39. Sachurteilsvoraussetzungen und Klausurtypen	79
I. Rechtsmittelklausur (Rechtsbehelfsklausur)	79
II. Versäumnisverfahren und Verfahren beim Vollstreckungsbescheid	79
III. Anspruchsänderung, Parteiänderung	80
IV. Rechtshängigkeitsprobleme	81
2. Unterkapitel. Die einzelnen Sachurteilsvoraussetzungen	
§ 40. Deutsche Gerichtsbarkeit und ordentlicher Rechtsweg	82
I. Deutsche Gerichtsbarkeit: §§ 18–20 GVG	82
II. Zulässigkeit des Zivilrechtsweges – § 13 GVG	83
§ 41. Parteibezogene Sachurteilsvoraussetzungen	84
I. Prüfungsprinzip und Aufbaugrundsatz: Trennung der Personen	84
II. Wer ist Partei?	85
III. Die Existenz der Parteien	85
IV. Parteifähigkeit: § 50 ZPO	86
V. Prozessfähigkeit: §§ 51 ff. ZPO	87
VI. Handeln anderer Personen für die Partei – Postulationsfähigkeit – An- waltsprozess	89

VII. Prozessführungsbefugnis – Prozesstandschaft – Partei kraft Amtes	89
VIII. Auslegung – Umdeutung	93
§ 42. Gerichtsbezogene Sachurteilsvoraussetzungen: Die Zuständigkeit	94
I. Trennungsgrundsatz. Arten der Zuständigkeit	94
II. Die Gesetzlichkeit des Richters (Art. 101 I 2 GG)	95
III. Sachliche Zuständigkeit: § 1 ZPO, §§ 23, 71 GVG	95
IV. Örtliche Zuständigkeit: Der Gerichtsstand (§§ 12 ff. ZPO)	97
V. Folgen der sachlichen oder örtlichen Unzuständigkeit	111
VI. Zuständigkeitsvereinbarung (Prorogation): §§ 38, 40 ZPO	111
VII. Zuständigkeitsbegründung infolge rügeloser Verhandlung: §§ 39, 40 ZPO	112
VIII. Verweisung (§§ 281, 506 ZPO) und Abgabe (§§ 696, 700 ZPO)	113
IX. Die Prüfung des Gerichtsstandes	114
X. Funktionelle Zuständigkeit	117
XI. Internationale Zuständigkeit	117
XII. Einrede der Schiedsgerichtsbarkeit	118
§ 43. Streitgegenstandsbezogene Sachurteilsvoraussetzungen	118
I. Die einzelnen streitgegenstandsbezogenen Sachurteilsvoraussetzungen . .	118
II. Die Sachurteilsvoraussetzung des Versuchs der außergerichtlichen Streit- beilegung (§ 15a EGZPO)	118
§ 44. Sachurteilsvoraussetzungen für die besonderen Verfahrensarten	119
3. Unterkapitel. Arbeitstechnik	
§ 45. Prüfung der Sachurteilsvoraussetzungen – Punktuelle Methode?	119
§ 46. Prüfung der Sachurteilsvoraussetzungen – Zur „dramatischen“ Lösungs- methode	119
§ 47. Kontrollfrage: Möglichst geringe Präjudizierung	120
§ 48. Prozess- und zugleich Sachabweisung?	122
§ 49. Dahinstellen von Sachurteilsvoraussetzungen?	122
11. Kapitel. Prozesshandlungen	
§ 50. Prozesshandlungen und Fallbearbeitung	123
§ 51. Grundsätze für die Fallbearbeitung bei Prozesshandlungen	124
I. Klarheit über die Prozesshandlungen!	124
II. Wichtig: Klare prozessuale Terminologie	124
§ 52. Bedeutung der Prozesshandlungen für den Klausuraufbau	128
I. Ausgangspunkt jeder Fallbearbeitung ist die in der Klausur oder Haus- arbeit gestellte Frage „Bearbeitervermerk“	128
II. Ein historischer Aufbau ist auch beim Prozessrechtsfall unzulässig	129
III. Wenn sich aus dem Bearbeitervermerk nichts anderes ergibt, muss man von den Anträgen der Parteien ausgehen	129
IV. Oftmals ist nicht der Klageantrag entscheidend, sondern ein sonstiger Antrag der Parteien. Dann ist Ausgangspunkt der Bearbeitung dieser Antrag	130

V. Hilfsanträge (Eventualanträge) dürfen nur geprüft werden, wenn die Bedingung eingetreten ist. Prozesshandlungen können aber nicht ohne weiteres bedingt werden	130
§ 53. Arten der Prozesshandlungen	131
12. Kapitel. Klageänderung	
§ 54. Probleme bei der Bearbeitung der Klageänderung	132
I. Vor allem: Anpassen des Antrags an Änderungen im materiellen Recht ..	132
II. Klageänderung: Streitgegenstandsänderung – Anspruchsänderung	132
13. Kapitel. Prozessaufrechnung	
§ 55. Probleme bei der Prozessaufrechnung	135
I. Die Vorrangprüfung des Bestehens der Klageforderung	135
II. Prozessprobleme der Aufrechnung	136
14. Kapitel. Die Parteiänderung	
§ 56. Die Motive zur Parteiänderung	140
§ 57. Die Probleme bei der Parteiänderung	140
I. Parteiänderung oder Parteiberichtigung?	140
II. Parteistellung?	141
III. Parteiwechsel oder Parteibeitritt?	141
IV. Gesetzliche, gesetzlich geregelte oder gewillkürte Parteiänderung?	141
V. Die gewillkürte Parteiänderung	141
15. Kapitel. Die Widerklage	
§ 58. Die Regelung der Widerklage – Waffengleichheit	145
I. Die lückenhafte Regelung der Widerklage	145
II. Widerklage als Ausdruck prozessualer Waffengleichheit	145
§ 59. Typische Examensfehler bei der Widerklage	146
I. Klage und Widerklage werden nicht strikt getrennt	146
II. Widerklage und Aufrechnung werden verwechselt	146
III. Die allgemeinen Sachurteilsvoraussetzungen der Widerklage werden nicht geprüft	146
IV. Die sachliche Zuständigkeit wird falsch behandelt	146
V. Gerichtsstand und Konnexität der Widerklage werden nicht auseinandergehalten	147
VI. Die Sonderformen der Widerklage sind unbekannt	149
16. Kapitel. Beweisfragen	
§ 60. Das Beweisrecht in der Fallbearbeitung	153
I. Prüfungsordnungen	153
II. Beweis und Verhandlungsgrundsatz	153
III. Beweis und Rechtsfolge	154
IV. Beweis und Behauptung	155
V. Beweis und einfaches oder substantiiertes Bestreiten	156

VI. Beweislast und Beweiserleichterungen	157
VII. Sekundäre Darlegungslast	164
VIII. Beweismittel – Beweisarten	165
IX. Beweisvereitelung und Beweisverbote	167
X. Strengbeweis, Freibeweis, Vollbeweis und Glaubhaftmachung	167
17. Kapitel. Versäumnisverfahren	
§ 61. Säumnis des Klägers im Prozess (§ 330 ZPO)	169
I. Antrag des Beklagten?	169
II. Säumnis?	169
III. Ordnungsgemäße Ladung?	169
IV. Einhaltung der Ladungsfrist?	170
V. Zulässigkeit der Klage	170
VI. Keine Prüfung der „Begründetheit der Klage“ bei Klägersäumnis	171
§ 62. Säumnis des Beklagten im Prozess (§ 331 ZPO)	171
I. Säumnis des Beklagten in einem Termin zur mündlichen Verhandlung	171
II. Voraussetzungen für den Erlass eines Versäumnisurteils bei „Säumnis“ des Beklagten im schriftlichen Vorverfahren	175
III. Typische Fragen zur Schlüssigkeitsprüfung	176
§ 63. Einspruch gegen das Versäumnisurteil (§§ 338 ff. ZPO)	178
§ 64. „Technisch zweites“ Versäumnisurteil	178
I. § 345 ZPO: „Technisch zweites“ Versäumnisurteil	178
II. Die Voraussetzungen des technisch zweiten Versäumnisurteils	179
III. Der Begriff des „technisch zweiten“ Versäumnisurteils	180
IV. Berufung gegen das technisch zweite Versäumnisurteil (§ 514 II ZPO) ..	180
18. Kapitel. Beendigung des Rechtsstreits	
§ 65. Klagerücknahme und Wegfall des Klageanlasses (§ 269 ZPO)	182
I. Klagerücknahme	182
II. Klagerücknahme nach Wegfall des „Anlasses zur Einreichung der Klage“ (§ 269 III 3 ZPO)	182
§ 66. Prozessvergleich (§§ 794 I Nr. 1, 278 VI ZPO)	183
I. Gerichtlicher oder außergerichtlicher Vergleich?	183
II. Prozessvergleich: „Zur Beilegung des Rechtsstreits“	185
III. Prozessuale Voraussetzungen des Prozessvergleichs	186
IV. Folgen des Fehlens der prozessualen Voraussetzungen des Prozessver- gleichs	187
V. Die materiell-rechtliche Seite des Prozessvergleichs	188
§ 67. Erledigung der Hauptsache	188
I. Beiderseitige (übereinstimmende) Erklärungen der Erledigung (§ 91a ZPO)	188
II. Einseitige Erklärung der Erledigung der Hauptsache	189

19. Kapitel. Urteilsarten	
§ 68. Versäumnisurteil (§§ 330 ff. ZPO)	192
§ 69. Anerkenntnis- und Verzichtsurteil (§§ 306, 307 ZPO)	192
§ 70. Sonstige Urteile	192
20. Kapitel. Rechtskraft, Rechtsbehelfe	
§ 71. Formelle und materielle Rechtskraft; Rechtskraftdurchbrechung	194
I. Formelle Rechtskraft (§ 705 ZPO)	194
II. Materielle Rechtskraft (§§ 322, 325 ZPO)	194
III. Materielle Rechtskraft von Vollstreckungsbescheiden	196
IV. Rechtskraftdurchbrechung	197
§ 72. Rechtsbehelfe und Rechtsmittel	198
I. Terminologie	198
II. Aufbaufragen bei Rechtsbehelfen	199
III. Rechtsbehelfsbelehrung (§ 232 ZPO)	200
IV. Meistbegünstigung bei Verlautbarungsmängeln. Inkorrekte Entscheidungen	200
3. Teil. Hinweise zur Bearbeitung der Hauptprobleme des Vollstreckungsrechts	
1. Kapitel. Schwierigkeiten der Fallbearbeitung	
§ 73. Besonderheiten beim Zwangsvollstreckungsrecht	203
I. Die Vielzahl der Beteiligten	203
II. Die andere Terminologie	203
III. Die besondere Bedeutung des materiellen Rechts im Zwangsvollstreckungsfall	205
§ 74. Die „Unübersichtlichkeit“ des Zwangsvollstreckungsrechts	207
I. Liegen die Voraussetzungen für eine Zwangsvollstreckung vor?	208
II. Weswegen wird vollstreckt?	208
III. In welches Recht des Vollstreckungsschuldners soll durch welche Vollstreckungsmaßnahmen eingegriffen werden, und welches Vollstreckungsorgan ist für sie zuständig?	209
IV. Welche Rechtsbehelfe gegen welche Maßnahmen können von welcher Person erhoben werden?	210
2. Kapitel. Arbeitshinweise	
§ 75. Allgemeine Arbeitshinweise für den Vollstreckungsfall	211
I. Trennung nach Personen; Klarheit über die Parteien	211
II. Trennung der zu vollstreckenden Ansprüche	211
III. Unterscheiden der Beziehungen im Vollstreckungsverfahren, im Erkenntnisverfahren und nach materiellem Recht	212
IV. Lösungsskizze	213

3. Kapitel. Voraussetzungen und Arten der Zwangsvollstreckung	
§ 76. Die allgemeinen Voraussetzungen der Zwangsvollstreckung	214
I. Nicht nur gerichtliche Entscheidungen sind Titel	214
II. Die Vollstreckbarkeit setzt nicht immer die Rechtskraft voraus	214
III. Vollstreckungsklausel	214
IV. Zustellung	215
V. Heilungsfragen	215
§ 77. Die Arten der Zwangsvollstreckung	216
4. Kapitel. Die Bearbeitung der Vollstreckung nach dem Dritten Abschnitt des Achten Buches der ZPO: Herausgabe von Sachen und Erwirkungen von Handlungen oder Unterlassungen (Individualvollstreckung)	
§ 78. Fiktion der Abgabe einer Willenserklärung: § 894 ZPO	218
§ 79. Herausgabe einer bestimmten Sache: § 883 ZPO	219
§ 80. Handlungen und Unterlassungen: §§ 887 ff. ZPO	220
I. Vollstreckung nach § 887 ZPO: Die Handlung kann durch Dritte erfolgen („vertretbare Handlungen“)	221
II. Vollstreckung nach § 888 ZPO: Die Handlung kann durch Dritte nicht erfolgen („nicht vertretbare Handlungen“)	221
III. § 890 ZPO: Unterlassungen und Duldungen	222
§ 81. Verbindungslinien zwischen verschiedenen Vollstreckungsarten	223
I. Mehrere Ansprüche – gleichzeitig verschiedene Vollstreckungsarten ...	223
II. Ineinandergreifen der Vollstreckungsverfahren – hintereinandergeschaltete verschiedene Vollstreckungsverfahren	223
III. Analoge Anwendung von Vorschriften aus dem Zweiten Abschnitt ...	226
5. Kapitel. Die Bearbeitung der Vollstreckung nach dem Zweiten Abschnitt des Achten Buches der ZPO: „wegen Geldforderungen“	
1. Unterkapitel. Allgemeine Fragestellungen	
§ 82. Der Zweck der Vollstreckungsart „wegen Geldforderungen“	228
§ 83. Zugriff auf bewegliches oder unbewegliches Vermögen?	228
§ 84. Zugriff auf körperliche Sachen	229
I. Die Pfändung körperlicher Sachen	229
II. Die Verwertung körperlicher Sachen	231
§ 85. Zugriff auf Forderungen und andere Vermögensrechte	232
I. Der Umkreis der unter §§ 828–863 ZPO fallenden Rechte	232
II. Die Pfändung von Forderungen und anderen Vermögensrechten	232
III. Die Verwertung gepfändeter Forderungen und anderer Vermögensrechte	233
2. Unterkapitel. Typische Fragestellungen und Schwierigkeiten bei der Vollstreckung wegen Geldforderungen	
§ 86. Die Rechtszuständigkeiten in der Zwangsvollstreckung	234
§ 87. Die Pfändungspfandrechtstheorien	236

§ 88. Anwartschaftsrecht	237
I. Klarheit über die schuld- und sachenrechtliche Lage	238
II. Der Unterschied zwischen Ratenkauf und fremdfinanziertem Kauf	238
III. Die Pfändung des Anwartschaftsrechts	239
§ 89. Die Pfändung der eigenen Sache des Vollstreckungsgläubigers	241
I. Ausgangslage	241
II. Die versteckte Zentralnorm des § 508 S. 5 BGB: Rücktrittsfiktion bei Wiederansichnahme	241
III. Sonderprobleme	243
§ 90. Das Treuhandverhältnis in der Zwangsvollstreckung	244
I. Uneigennützige Treuhand (Verwaltungstreuhand)	245
II. Eigennützige Treuhand (Sicherungstreuhand)	245
III. Der Rückübertragungsanspruch als Pfändungsobjekt	247
6. Kapitel. Die Rechtsbehelfe im Vollstreckungsfall	
§ 91. Die Bedeutung der Rechtsbehelfe	250
§ 92. Die einzelnen Rechtsbehelfe	250
I. Fehlen der Vollstreckungsvoraussetzungen. Vollstreckungserinnerung (§ 766 I ZPO)	250
II. Beseitigung der Vollstreckungsvoraussetzungen	251
III. Angriff gegen einzelne Vollstreckungsmaßnahmen	253
IV. Rechtsbehelfe zur Herbeiführung der Vollstreckungsvoraussetzungen und einzelner Vollstreckungsmaßnahmen	254
§ 93. Allgemeine Ratschläge zur Behandlung einzelner Rechtsbehelfe	255
§ 94. Die Arbeitstechnik bei Rechtsbehelfen im Vollstreckungsrecht	256
I. Schwierigkeiten bei der Richterklausur	256
II. Schwierigkeiten bei der Anwaltsklausur	258
§ 95. Typische Fehler bei Rechtsbehelfsfragen	264
I. Übersehen der Besonderheiten des Vollstreckungsrechts	264
II. Übersehen anderer als vollstreckungsrechtlicher Rechtsbehelfe	266
III. Beispiel zur Wiedereinsetzung in den vorigen Stand (§ 233 ZPO)	267
Sachverzeichnis	269